

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Katharina Jensen und Laura Hopmann (CDU)

LNG-Anlieferung in Wilhelmshaven: Ist die Versorgung gefährdet?

Anfrage der Abgeordneten Katharina Jensen und Laura Hopmann (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 19.01.2023

In einem Bericht in der *Ostfriesen-Zeitung* vom 04.01.2023 wird die Vorsitzende des BUND Niedersachsen mit den Worten zitiert, dass „es im Bereich der Biozid-Einleitungen zu erheblichen Fehlern gekommen ist in den Gutachten, die vorgelegt wurden, vom Betreiber Uniper.“ Nach Auffassung des BUND Niedersachsen sind die Biozid-Konzentrationen erheblich höher.

Im genannten Beitrag wird ferner berichtet, dass der Deutsche Umwelthilfe e. V. (DUH) Widersprüche gegen die wasserschutzrechtliche Genehmigung durch den Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) sowie gegen die emissionsschutzrechtliche Genehmigung durch das Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg einlegen will. Ferner liege eine Klage gegen den Betrieb der LNG-Pipeline vom Terminalschiff zum nächsten Gas-Anschlusspunkt bei Etzel vor; die DUH strebe an, die Genehmigung so ändern zu lassen, dass eine Durchleitung von Erdgas auf zehn Jahre beschränkt wird.

1. Teilt die Landesregierung die Auffassung des BUND Niedersachsen, dass es in den vorgelegten Gutachten mit Blick auf die Biozid-Einleitungen zu erheblichen Fehlern gekommen ist?
2. Falls - wie vom BUND Niedersachsen behauptet - die Biozid-Konzentrationen erheblich höher sein sollten: Welche Folgen hätte dies für die Sicherheit der Anwohnerinnen und Anwohner sowie Touristinnen und Touristen, die Ökosysteme an der deutschen Nordseeküste sowie den Weiterbetrieb des LNG-Terminals in Wilhelmshaven in der jetzigen Form?
3. Hat die Landesregierung Kenntnis über alternative Reinigungsverfahren, damit beim Betrieb des LNG-Terminals auf den Einsatz von Bioziden verzichtet werden kann?
4. Wie schätzt die Landesregierung die Erfolgsaussichten der angekündigten Widersprüche der DUH gegen die wasserschutzrechtliche Genehmigung durch den NLWKN sowie die emissionsschutzrechtliche Genehmigung durch das Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg ein? Welche Folgen hätte ein erfolgreicher Widerspruch gegen die wasserschutzrechtliche Genehmigung durch den NLWKN oder die emissionsschutzrechtliche Genehmigung durch das Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg für den Weiterbetrieb des LNG-Terminals in Wilhelmshaven in der jetzigen Form?
5. Wie schätzt die Landesregierung die Erfolgsaussichten der Klage gegen den Betrieb der LNG-Pipeline vom Terminalschiff zum nächsten Gas-Anschlusspunkt bei Etzel ein? Welche Folgen hätte eine erfolgreiche Klage für den Weiterbetrieb des LNG-Terminals in Wilhelmshaven in der jetzigen Form sowie den Betrieb der LNG-Pipeline vom Terminalschiff zum nächsten Gas-Anschlusspunkt bei Etzel?

(Verteilt am 23.01.2023)